

QUARTALSBERICHT

Projektland: Pakistan/Afghanistan

Quartal/Jahr: II/2011

SCHLAGZEILEN

PAKISTAN

1. Umsetzung der Verfassungsreform 2010
2. Sechster landesweiter Volkszensus
3. Staatshaushalt 2011/12 verabschiedet
4. Operation Geronimo und ihre Folgen

AFGHANISTAN

1. Pakistanisch-Afghanische Beziehungen
2. Entwicklungen im afghanischen Friedensprozess
3. Übergabe der Sicherheitsverantwortung

PAKISTAN

Umsetzung der Verfassungsreform 2010

Der 30. Juni 2011 ist der Stichtag für die vollständige Ausführung der im April 2010 verabschiedeten Verfassungsreform (*18th Constitutional Amendment Bill*; s. QB II/2010). Je näher der Termin rückt, desto klarer wird die Tragweite des umfassendsten Reformprogramms seit Verabschiedung der Verfassung im Jahre 1973. Senator Raza Rabbani, Vorsitzender der *Constitutional Implementation Commission* (CIC), spricht sogar von der größten und weitreichendsten Neustrukturierung des politischen Systems seit 1947. Am 30. Juni werden die letzten sieben von insgesamt sieben Ministerien dezentralisiert. Es bleibt aber weiterhin unklar, wie die vier Provinzen Pakistans ohne qualifiziertes Personal und zusätzliche Finanzmittel die sieben ehemaligen Bundesministerien zukünftig in Eigenverantwortung führen und leiten sollen.

Die Verabschiedung und Umsetzung der Verfassungsreform erhalten im Land wenig Aufmerksamkeit. Ein öffentlicher Diskurs setzt meist erst kurz vor der Auflösung einzelner Bundesministerien ein, bisweilen sogar erst danach. Nur einzelne Themenbereiche werden in den Medien diskutiert. Dabei dominieren die

Dezentralisierung des Ministeriums für Bildung und Erziehung und die evtl. Gründung von neuen Provinzen die Medienberichterstattung. Die Regierung scheint an Transparenz und einem öffentlichen Diskurs nicht interessiert. Auch das CIC veröffentlicht zum Stichtag keinen abschließenden Bericht. Der 1. Juli wird zwar zu einem Festtag der Autonomie der Provinzen ausgerufen. Trotzdem wird dieser eigentlich historische Tag weder von Reden und Festakten begleitet, noch gibt es ein dem Anlass entsprechendes Medienecho.

Die Arbeit des CIC wird durch Umbrüche in der Regierung erschwert. Einzelne Mitglieder und auch der Vorsitzende des Ausschusses legen vorübergehend ihre Ämter nieder. Der Koalitionspartner der regierenden *Pakistan People's Party* (PPP), das *Muttahida Quami Movement* (MQM) verlässt seit Anfang des Jahres in periodischen Abständen mehrfach die Koalition. Nach einem erneuten Bruch Anfang Mai entscheidet sich die PPP, eine Koalition mit der *Pakistan Muslim League (Quaid-i Azam; PML-Q)* einzugehen. Beide Parteien gelten bis dahin als erbitterte politische Gegner. Die PML-Q hatte sich in den Jahren 2002-08 auf die Seite des Militärdiktators General Pervez Musharraf gestellt. Mitglieder der PPP machten die PML-Q für die Ermordung Benazir Bhuttos am 27. Dezember 2007 verantwortlich. Eine Koalition zwischen den beiden Parteien ist deshalb verwunderlich und sorgt vor allem innerhalb der PPP für Unzufriedenheit. Vierzehn Mitglieder der PML-Q werden Anfang Mai in das Kabinett eingeschworen, sieben werden zu Bundesministern ernannt. Damit ist es der PPP zwar gelungen, eine neue mehrheitsfähige Koalitionsregierung zu bilden. Die innenpolitische Lage bleibt jedoch instabil.

Sechster landesweiter Volkszensus

Im April beginnt die sechste Volkszählung der Islamischen Republik Pakistan, die eigentlich bereits vor drei Jahren durchgeführt werden sollte. Die durch den Zensus ermittelten Daten haben das Potential, die bereits angespannte innenpolitische Lage weiter zu destabilisieren. Auf Grund der Bevölkerungsdaten wird für die für Frühjahr 2013 angesetzten Parlamentswahlen proportional errechnet, mit wie vielen Abgeordneten die einzelnen Provinzen im Nationalparlament vertreten sein werden. Die Ergebnisse der Volkszählung sind daher für die verschiedenen ethnischen Gruppen des Vielvölkerstaats Pakistan von großer Bedeutung und politischer Sprengkraft. In der ersten Phase des Zensus, die im April durchgeführt wird, wird die Anzahl der Haushalte im Land ermittelt. Anhand dieser Daten wird dann errechnet, wie viele Volkszähler insgesamt entsandt werden müssen.

Schon nach dieser ersten Sondierung der Lage werden Kritik und Forderungen nach mehr Transparenz laut. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Zensusbüros befinden sich 3,70 der 10,75 Mio. bewohnten Häuser und Liegenschaften des Sindh in der Hafenmetropole Karatschi, also gut 30% aller Haushalte der Provinz. Sindhi-Nationalisten fechten diese Ergebnisse an, denn Karatschi wird von der ethnischen Gruppe der *Muhajir* dominiert, die bei Teilung des Subkontinents im Jahre 1947 von Indien nach Pakistan emigrierten. Die jetzt vorläufig ermittelten Ergebnisse erhöhen die Zahl der Parlamentsabgeordneten für die Stadt Karatschi, während die ländlichen, vorwiegend von Sindhis bewohnten Gebiete der Provinz an Repräsentanz im Nationalparlament verlieren. Dies würde die politische Vormachtstellung der MQM

stärken und Sindhis in ihrer eigenen Provinz zu einer ethnischen und politischen Minderheit machen.

Belutschi-Nationalisten boykottieren den Zensus aus ähnlichen Gründen. Viele Belutschi sind Nomaden ohne festen Wohnsitz und wurden bereits bei vergangenen Volkszählungen nicht berücksichtigt. Die paschtunische Bevölkerung der südwestlichen Provinz Belutschistan hingegen ist vorwiegend sesshaft, lebt in Dörfern und Städten und wird deswegen in den Statistiken erfasst. Darüberhinaus ist die Sicherheitssituation in Belutschistan so angespannt, dass die Volkszähler nicht zu allen Bewohnern der Provinz durchdringen können. Bereits bei der letzten Volkszählung 1998 wurden fünf von insgesamt 28 Bezirken nicht in den Zensus aufgenommen. Im Rahmen der nun laufenden Volkszählung ist mit noch größeren Verzerrungen der Bevölkerungsdaten zu rechnen.

Die eigentliche Volkszählung soll Mitte September beginnen. Bis dahin bedarf es allerdings noch der Lösung zahlreicher Probleme. Nur Erwachsene müssen sich für die Zählung ausweisen und werden nach der Anzahl ihrer Kinder lediglich gefragt. Die Existenz dieser Kinder muss nicht nachgewiesen werden. Unklar ist außerdem, wie und ob Flüchtlinge in den Zensus aufgenommen werden sollen, die durch laufende Militäroperationen und durch die Flutkatastrophe im vergangenen Jahr vertrieben wurden. Diese Umstände werden zu weiteren vorhersehbaren Verzerrungen der Bevölkerungsdaten führen.

Insgesamt werden Mitte September 146.270 Volkszähler in 426 Distrikten eine Bevölkerung von schätzungsweise 176 Mio. Bürgern befragen (für weitere Details siehe <http://www.census.gov.pk>). Die endgültigen Ergebnisse des Zensus sollen im Dezember dieses Jahres veröffentlicht werden. Bei vergangenen Volkszählungen während der Jahre 1951, 1961, 1972, 1981 und 1998 wurden die Ergebnisse allerdings mit teils mehrjähriger Verspätung publiziert.

Staatshaushalt 2011/12 verabschiedet

Am 3. Juni stellt Finanzminister Hafeez Shaikh den Staatshaushalt für das Jahr 2011/12 vor, der noch am gleichen Tag von Premierminister Gilani bewilligt wird. Der Gesamtetat für das neue Finanzjahr beläuft sich auf umgerechnet 22,9 Mrd. Euro, 14,2% mehr als im Vorjahr. Dadurch erhöht sich das Haushaltsdefizit auf insg. 4,2%. Der größte Teil des Haushalts geht in die Tilgung von Staatschulden (37,4%), gefolgt vom Verteidigungssektor (17,9%). Die Regierung plant 75% ihrer Einnahmen durch Steuern zu generieren und rechnet mit 3,5 Mrd. Euro an Hilfszahlungen aus dem Ausland (42,7% mehr als im Vorjahr). Die Preis- und Währungsinflation wird mit 12% prognostiziert, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts mit 4,2%.

Der Militärapparat erhält eine Mittelzerhöhung von 11,4%, umgerechnet 4,1 Mrd. Euro. Die Renten und Pensionszahlungen für Militärangehörige, die sich auf weitere 598 Mio. Euro belaufen, sind hierbei jedoch nicht berücksichtigt. Mit dieser Erhöhung der Verteidigungsausgaben zieht Pakistan mit Indien gleich, das im Februar dieses Jahres seinen Verteidigungsetat ebenfalls um 12% erhöht hatte. Im Vergleich dazu sind für das Gesundheitswesen und den Bildungssektor nur insgesamt 327 Mio. Euro

vorgesehen. Die Ausgaben für die *Higher Education Commission* werden sogar um fast 16 Mio. auf 114 Mio. Euro gekürzt.

Operation Geronimo und ihre Folgen

Der Tötung von Osama bin Laden am 2. Mai in der nordpakistanischen Stadt Abbottabad (siehe Sonderbericht *US-Truppen töten Osama bin Laden*) dominiert den öffentlichen Diskurs im zweiten Quartal. Die Folgen und Konsequenzen für Pakistan und seinen Militär- und Sicherheitsapparat sind weitreichend. Die ohnehin bereits angespannten Beziehungen zwischen Pakistan und den Vereinigten Staaten verschlechtern sich weiter, außen- wie innenpolitisch kommt das Militär in Zug- und Erklärungszwang. Auch die Sicherheitslage im Land verschlechtert sich neuerlich, da die Taliban und ihnen nahestehende Organisationen zahlreiche Vergeltungsanschläge verüben.

Bereits vor der Operation Geronimo waren die US-pakistanischen Beziehungen auf einem historischen Tiefpunkt angelangt (s. QB I/2011). Die trotz pakistanischer Kritik unvermindert fortgeführten US-amerikanischen Drohnenangriffe im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet und von Wikileaks veröffentlichte Dokumente, die den pakistanischen Geheimdienst *Directorate for Inter-Services Intelligence* (ISI) als Terrororganisation bezeichnen, haben bereits im ersten Quartal 2011 zu einer maßgeblichen Verschlechterung der bilateralen Beziehungen geführt. Die Aufspürung von bin Laden und seine von Pakistan als staatliche Souveränitätsverletzung empfundene Eliminierung durch US-Eliteeinheiten führt zu einer weiteren Verschärfung der diplomatischen Krise.

Auf nationaler Ebene erleidet das Militär einen immensen Imageverlust und verstrickt sich in ein Netz aus widersprüchlichen Behauptungen. Der pakistanische Sicherheitsapparat braucht mehrere Tage, um auf den Tod bin Ladens und das Eindringen von US-Spezialeinheiten überhaupt zu reagieren. Erst am 5. Mai treffen sich ranghohe Generäle um *Chief of Army Staff* (COAS) General Kayani in Rawalpindi, um sich zur Lage zu beraten. In einer Stellungnahme wird die Nacht-und-Nebel-Aktion der Amerikaner verurteilt und zum Ausdruck gebracht, dass weitere Souveränitätsverletzungen nicht geduldet würden. Es wird außerdem angekündigt, dass die Anzahl amerikanischer Militärberater in Pakistan auf ein Minimum reduziert werden soll und die militärische und geheimdienstliche Kooperation zwischen beiden Ländern ruht.

Unklar ist bis heute inwieweit es sich in der Sache bin Laden auf Seiten des pakistanischen Sicherheitsapparats um Versagen oder Beihilfe handelt. International wie national bleibt es unverständlich, dass bin Laden sich offensichtlich über Jahre hinweg ungestört und unbemerkt in der Garnisonsstadt Abbottabad hat aufhalten können. Das offizielle Sprachrohr der Streitkräfte, das *Inter-Services Public Relations* (ISPR), hält sich bedeckt und gibt nur wenige, sich oft im Detail widersprechende Informationen heraus. Der öffentliche Diskurs und die Medienberichterstattung im Land sind geprägt von Spekulationen, Gerüchten und Verschwörungstheorien.

Nach dem Tod bin Ladens werden vor allem in der englischsprachigen Presse Stimmen laut, die sowohl das Militär als auch den Geheimdienst des Versagens beschuldigen, die Legitimität des aufgeblähten Militär- und Sicherheitsapparats in Frage stellen und

die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen wollen. Tatsächlich scheint die Zeit reif für eine Grundsatzdiskussion über die Rolle des Militärs in Pakistan. Am 13. Mai werden zum ersten Mal in der Geschichte des Landes der Stabschef der Armee und der Direktor des ISI zu einer geschlossenen, gemeinsamen Sitzung vor Parlament und Senat geladen und müssen sich vor den Volksvertretern für den Abbottabad-Vorfall verantworten. Trotzdem ergreifen weder Parlament noch Regierung die Chance, den allgegenwärtigen und übermächtigen Sicherheitsapparat zu kritisieren oder zu hinterfragen. Stattdessen werden nach gemeinsamer Sitzung beider Häuser sowohl das pakistanische Militär unter Führung von General Kayani als auch der pakistanische Geheimdienst unter der Leitung von General Pasha als Opfer einer US-amerikanischen Verschwörung dargestellt. Wortreich werden die Opfer und Erfolge des pakistanischen Sicherheitsapparats bei der Terrorismusbekämpfung herausgestellt.

Staatspräsident Zardari und Premierminister Gilani stellen sich öffentlich hinter die pakistanischen Streitkräfte und beschränken sich in ihren Stellungnahmen auf einseitige Schuldzuweisungen an die Vereinigten Staaten. Die eigentlich entscheidende Frage, ob der pakistanische Sicherheitsapparat entweder unfähig war, Osama bin Laden aufzuspüren oder dem al-Qaeda Chef in seinem Versteck möglicherweise gar Beihilfe geleistet hat, bleibt unbeantwortet. Die ohnehin nur sehr verhalten geführte öffentliche Debatte über Verantwortung und Versagen des Geheimdienstes wird durch die Solidaritätsbekundungen der Regierung und des Parlaments weiter gedämpft.

Der Fokus des öffentlichen Interesses verschiebt sich von der Hinterfragung der Rolle des Militärs hin zu einer umfassenden Kritik an der Rolle und Politik der USA. Wie bin Laden sich über Jahre hinweg unbemerkt in Pakistan aufhalten können und wie US-amerikanische Streitkräfte völlig unbemerkt auf pakistanisches Hoheitsgebiet haben vordringen können sind Fragen, die plötzlich nicht mehr interessieren. Das Vertrauen in das Militär als Hüter der Nation wird nicht im Geringsten erschüttert. Stattdessen wird von beinahe allen politischen Strömungen im Land nahezu hemmungslos die Wut der Bevölkerung über die amerikanische Souveränitätsverletzung geschürt. Premier Gilani beruft zwar einen Untersuchungsausschuss in der Angelegenheit; bis Ablauf des Quartals kommt es jedoch zu keiner Konstituierung dieses Gremiums.

Die Reaktion der Taliban und ihrer nahestehender Organisationen auf die Operation Geronimo ist konkret und folgt wenige Tage später. Am 13. Mai wird in einem Trainingszentrum der *Frontier Constabulary* (FC) in Charsadda, ca. 30 km nördlich der Provinzhauptstadt Peschawar, ein Doppelanschlag verübt bei dem 89 Rekruten getötet und mehr als 140 weitere Personen zum Teil schwer verletzt werden. Am 17. Mai stürmen 70 Mitglieder der *Tehrik-e Taliban Pakistan* (TTP) einen Militärposten in Peschawar. Am 25. Mai wird das *Criminal Investigation Department* (CID) der Provinz Khyber-Paschtunistan angegriffen. Am 26. Mai kommt es zu einem Selbstmordanschlag in der Kleinstadt Hangu.

Ein weiterer Anschlag ereignet sich am 22. Mai auf dem Marinestützpunkt PNS Mehran in Karatschi. Mehrere Angreifer dringen in den Stützpunkt ein, setzen zwei Aufklärungsflugzeuge mit Handgranaten in Brand, verschanzen sich in einem Gebäude und halten die Sicherheitskräfte für mehr als 17 Stunden in Schach. Am Ende der Aktion können zwei der Angreifer unerkannt entkommen. Pakistanische Medien und politische Beobachter spekulieren, dass die Angreifer Unterstützung innerhalb des

Marinestützpunktes gehabt haben müssen, anders sei ihr unbemerktes Eindringen und die Flucht von zweien der Attentäter nicht zu erklären. Auch für diesen Vorfall wird eine Untersuchungskommission einberufen, die bis Quartalsende jedoch keine Ergebnisse präsentieren kann.

Ein weiterer Unruheherd bleiben die Agencies Kurram und Mohmand, Stammesgebiete an der pakistanisch-afghanischen Grenze, in denen das pakistanische Militär auf Druck der USA seit einigen Monaten Militäroperationen durchführt. Bereits im Februar hatte das Militär eine Offensive gegen militante Talibankämpfer in Mohmand begonnen. Die nach der Tötung von bin Laden intensiviert Operation *Brekhna* („Donner“) ist jedoch weitaus aggressiver. Auf Druck der Amerikaner wird jetzt auch die pakistanische Luftwaffe im Kampf gegen die Taliban im Grenzgebiet eingesetzt.

Die Operationen werden durch die Tatsache erschwert, dass Kurram und Mohmand direkt an Afghanistan grenzen und Aufständische jeweils auf die andere Seite der Grenze wechseln, sobald sich der militärische Druck auf der einen Seite erhöht. Grenzüberschreitende Angriffe der Taliban auf Sicherheitskräfte in beiden Ländern häufen sich im zweiten Quartal 2011. Ende Juni beschließen pakistanische und afghanische Generäle deshalb, eine Telefonhotline zwischen beiden Hauptquartieren einzurichten. So sollen die Zusammenarbeit und Koordinierung in der Terrorismusbekämpfung verbessert und Missverständnisse (bspw. *friendly fire*) vermieden werden. Schätzungen zufolge werden von Februar bis Juni mehr als 22.000 Menschen durch die Operation *Brekhna* vertrieben. Laut einem Bericht der Vereinten Nationen finden sich in Pakistan gegenwärtig insg. mehr als 1,9 Mio. Menschen auf der Flucht.

AFGHANISTAN

Pakistanisch-afghanische Beziehungen

Seit dem Besuch des Hohen Friedensrats unter Leitung von Prof. Burhanuddin Rabbani in Pakistan Anfang des Jahres bemühen sich Islamabad und Kabul ernsthaft um Entspannung in den bilateralen Beziehungen. Beide Regierungen erkennen an, dass eine Stabilisierung der Region nur durch Zusammenarbeit beider Länder möglich ist. Das gilt auch für den Friedens- und Aussöhnungsprozess mit den Taliban.

Der pakistanische Premier Gilani besucht Kabul am 16. April, um die Modalitäten und Details einer sogenannten *joint commission* zu diskutieren, auf deren Einsetzung sich beide Länder im Januar geeinigt hatten. Der Kommission gehören sowohl die Außenminister als auch hochrangige Militär- und Sicherheitsvertreter beider Länder an. Ziel ist nicht nur eine diplomatische Annäherung beider Staaten, sondern vor allem auch die Entwicklung und Abstimmung einer gemeinsamen Strategie bei Verhandlungen mit und zwischen Aufständischen und Amerikanern. Trilaterale Gespräche zwischen Pakistan, Afghanistan und den USA wurden seit Anfang des Jahres durch die bestehenden diplomatischen Spannungen zwischen allen drei Parteien wiederholt verschoben. Das erste hochrangige Treffen dieser Art findet jedoch überraschenderweise am 3. Mai in Kabul statt, nur einen Tag nach dem Tod Osama bin Ladens. Weitere Dreiergespräche folgen am 24. Mai und 28. Juni.

Bei ihren Verhandlungen mit Aufständischen und Talibankräften wollen sich weder Pakistan noch Afghanistan allein auf die USA als Vermittler stützen. Bei seinem Staatsbesuch in der Türkei am 12. April diskutiert Präsident Zardari mit seinen türkischen Kollegen deswegen unter anderem auch den afghanischen Friedensprozess. Wenige Tage später legt General Pasha auf seiner Rückreise von Washington nach Islamabad einen ungeplanten Zwischenstopp in Ankara ein. Es werden zwar weder Gründe noch Gesprächsthemen seines Besuches bekannt, in der pakistanischen Presse kursieren jedoch hartnäckige Gerüchte, dass „die“ Taliban ein *Liason Office* in der Türkei eröffnen könnten.

Am 10. Juni fliegt Präsident Karzai für einen Gegenbesuch nach Islamabad. Auch der Vorsitzende des Hohen Friedensrats und andere am innerafghanischen Friedensprozess beteiligte Verhandlungsführer sind in Karzais Gefolge. Die endgültige Verabschiedung des afghanisch-pakistanischen Handels- und Transitabkommen (s. QB III/2010) krönt den Abschluss des Besuchs und verdeutlicht, dass beide Länder ernsthaft um eine Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen bemüht sind. Erstmals tritt auch die sogenannte *joint commission* zusammen und berät auf höchster diplomatischer und geheimdienstlicher Ebene Belange von gegenseitigem Interesse. Ein weiteres Treffen der Kontaktgruppe findet am 29. Juni in Kabul statt. Details werden nicht bekannt.

Entwicklungen im afghanischen Friedensprozess

Der im September 2010 von Präsident Karzai berufene Hohe Friedensrat unter Vorsitz von Prof. Rabbani führt nach eigenen Angaben seit Jahresbeginn Gespräche mit

verschiedenen Talibanvertretern. Auch im zweiten Quartal 2011 finden angeblich mehrere Treffen zwischen Vertretern des Friedensrats und den Taliban statt. Ende März verkündet auch Pakistan, Gespräche mit lokalen Talibanführern aufgenommen zu haben. Ende Mai kommen schließlich Gerüchte auf, die USA hätten in Deutschland Geheimverhandlungen mit Talibanvertretern aufgenommen. Am 18. Juni bestätigt Präsident Karzai dies öffentlich.

Unklar bleibt bei all diesen Gesprächskontakten jedoch, wer genau mit wem verhandelt, wer „die“ Taliban eigentlich sind, wer sie repräsentiert und wer tatsächlich verhandlungsbefugt ist. Bereits im vergangenen Jahr war die afghanische Regierung einem Bauernfänger aufgesessen, der sich als Talibanvertreter ausgegeben hatte (s. QB IV/2010). Die USA bestehen darauf, nur mit der Fraktion um Mullah Omar zu verhandeln. Die pakistanische Regierung widerspricht und möchte auch andere Gruppierungen mit einbeziehen, insbesondere die Gruppe um Sirajuddin Haqqani. Bis dato bestreiten alle Talibangruppierungen, dass Verhandlungen überhaupt stattfinden und machen unverändert den Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan zur Vorbedingung einer Verhandlungslösung. Unvermindert fortgeführte Angriffe von Talibankämpfern auf afghanische, pakistanische und internationale Sicherheitskräfte stellen den Friedens- und Verhandlungsprozess grundsätzlich in Frage.

Auch die Initiative der afghanischen Regierung in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft Talibankämpfer durch finanzielle Anreize und Re-Integrationskurse zu rehabilitieren ist wenig erfolgreich. Zurzeit sind weniger als 1.700 Personen Teil dieses Rehabilitierungs- und Integrationsprogramms. Dabei sind die wenigsten jedoch aus Führungspositionen. Bei zahlreichen Programmteilnehmern ist nicht einmal klar, ob es sich tatsächlich um (ehemalige) Taliban handelt.

Übergabe der Sicherheitsverantwortung

Obwohl der Tod bin Ladens am Kriegsszenario in Afghanistan nichts ändert, markiert er doch den Anfang vom Ende des militärischen Einsatzes der internationalen Staatengemeinschaft in Afghanistan. Präsident Obama kündigt im Mai an, dass die Anfang des Jahres entworfene Abzugsstrategie nach dem Tod von bin Laden (zumindest zeitlich) eingehalten werden kann. Im Juli werden die ersten amerikanischen Truppen Afghanistan verlassen. Andere Nationen haben mit dem Rückzug bereits begonnen. Dieser schrittweise Abzugsprozess soll bis Ende 2014 abgeschlossen sein.

Es bleibt jedoch weiterhin zweifelhaft, ob die afghanischen Sicherheitskräfte überhaupt in der Lage sind, die Sicherheitsverantwortung im Land selbst zu übernehmen. Während amerikanische und afghanische Politiker dies konsequent bejahen, sind Sicherheits- und Militärvertreter beider Länder skeptisch.

Nicht nur im Süden und den von Taliban kontrollierten Landesteilen kommt es im zweiten Quartal 2011 zu schweren Anschlägen auf Märkte und Sicherheitskräfte, sondern auch in jenen Distrikten, die im Juli in afghanische Sicherheitsverantwortung übergeben werden sollen. Am 28. Juni dringen acht Selbstmordattentäter in Kabul in das hochgesicherte Intercontinental Hotel ein. Mit Panzerfäusten und Maschinengewehren bewaffnet können sie die Sicherheitskräfte für sechs Stunden in

Schach halten. Die Taliban übernehmen die Verantwortung und demonstrieren damit, dass sie nahezu überall zuschlagen können, sogar im Zentrum der Hauptstadt.

Auch die Bundeswehr wird im zweiten Quartal 2011 wiederholt angegriffen. Am 27. Mai wird General Kneip, der die knapp 5.000 deutschen Soldaten sowie US-Streitkräfte in der nordafghanischen Provinz Kunduz befehligt, bei einem Treffen zwischen Bundeswehrvertretern und afghanischen Sicherheitskräften Ziel eines Anschlags. Er entkommt schwer verletzt, zwei deutsche Soldaten und mehrere Afghanen sterben. Einige Tage zuvor kommt ein Bundeswehrsoldat bei einem Bombenanschlag in Kunduz ums Leben. Am 18. Juni rammt ein Selbstmordattentäter ein mit Sprengstoff beladenes Auto in einen Bundeswehrkonvoi. Mehrere Menschen werden verletzt, drei afghanische Zivilisten sterben.

Kurz vor Beginn der Übergabe der Sicherheitsverantwortung an afghanische Sicherheitskräfte steht das Land auch vor einer politischen Krise. Die Wahlen des vergangenen Jahres werden noch immer nicht von allen Parteien akzeptiert. Am 27. Juni formiert sich eine „Anti-Karzai Allianz“, die den Präsidenten des Wahlbetrugs und der Korruption anklagt.

Karzai beruft im Mai ein Sondergericht, das Fälle von Wahlbetrug untersuchen soll. Dies stößt auf Kritik des Parlaments, das dem Gericht Parteilichkeit vorwirft. Das Parlament spricht in einer Abstimmung dem Präsidenten des obersten Gerichtshofs sein Misstrauen aus.

Dr. Martin Axmann

Der Autor ist Leiter der Vertretung/Ortskraft/Büroleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Islamabad, Pakistan

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Sarah Holz, Programmkoordinatorin der Hanns-Seidel-Stiftung in Islamabad, Pakistan

IMPRESSUM

Erstellt: 20.07.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iz@hss.de | www.hss.de